

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 16.03.2006**

***öffentlich***

---

**Ort:** Fachbereich Soziales,  
Südpromenade 30  
06128 Halle (Saale)  
Sitzungssaal im Anbau

**Zeit:** 16:30 Uhr bis 18:15 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmer/innenverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	Die Linkspartei. PDS	
Frau Ute Haupt	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Dr. Gesine Haerting	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle	
Herr Manfred Czock	SKE	
Herr Hans-Jürgen Krause	SKE	
Frau Annerose Runde	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radij	SKE	
Herr Dr. Fiedler		
Frau Antje Klotsch	Arbeiterwohlfahrt KV Halle e. V.	
Frau Christel Günther	Verw	
Herr Hans-Günter Schneller	Verw	
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verw	
Herr Goswin van Rissenbeck	Verw	
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw	
Herr Ralf Borries	BMA	

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Frau Hanna Haupt	SPD	entschuldigt
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.	
Herr Frank-Detlef Grasse	SKE	
Frau Anja Hunger	SKE	
Frau Katja Pähle	SKE	entschuldigt
Herr Dr. Peter Piechotta	DPWV	
Frau Jasmine Chaghouri	Verw	entschuldigt
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw	
Frau Dorit Schmidt	Verw	entschuldigt
Frau Petra Schneutzer	Verw	entschuldigt
Frau Dagmar Szabados	Bgm	entschuldigt
Frau Susanne Wildner	Verw	entschuldigt

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 16.02.2006
4. Vorstellen des Fachbereiches Soziales in seiner jetzigen Struktur und Räumen (Berichterstatter: Herr Fachbereichsleiter Schneller)
5. Vorlagen
  - 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2004 (Berichterstatter: Herr van Rissenbeck)  
Vorlage: IV/2005/05503
  - 5.2. Umsetzung der Rahmenvereinbarung zur Weiterentwicklung der Arbeitsgemeinschaften nach § 44 b SGB II (Berichterstattung BeteiligungsManagement Anstalt, Herr Borries)  
Vorlage: IV/2006/05611
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
8. Beantwortung von Anfragen
9. Mitteilungen
  - 9.1. Aktueller Bericht zur Pandemieplanung im Zusammenhang mit der Vogelgrippe (Berichterstattung: Herr Dr. Wilhelms und Frau Dr. Schwarzer Fachbereich 53)

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr van Rissenbeck teilt mit, dass sich Frau Szabados zur Zeit in der Kur befindet und schöne Grüße übermitteln lässt

## **zu 2      Feststellung der Tagesordnung**

Der Tagesordnung wird ohne Änderung zugestimmt.

## **zu 3      Genehmigung der Niederschrift vom 16.02.2006**

Der Niederschrift wird ohne Änderung zugestimmt.

## **zu 4      Vorstellen des Fachbereiches Soziales in seiner jetzigen Struktur und Räumen, (Berichterstatter: Herr Fachbereichsleiter Schneller)**

Herr Schneller führt kurz in die aktuelle Situation des Fachbereiches Soziales ein und erläutert die kommende Umstrukturierung der Wohngeldstelle und der Wohnhilfe. Diese sollen künftig mit in der Südpromenade mit angesiedelt werden, da im Haus nun Räume frei sind und somit Miete in anderen Objekten eingespart werden kann.

Zur Zeit arbeiten 174 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im FB Soziales (191 Planstellen). Bisher waren es 330 und ca. 130 wurden an die ARGE abgegeben, denn von ehemals ca. 16.000 Personen verblieben 500 im Bereich Hilfe zum Lebensunterhalt.

Herr Godenrath fragt nach, in was für einem Raum die heutige Sitzung stattfindet.

Herr Schneller teilt mit, dass es sich hierbei um den Schulungsraum der Stadt handelt und er keinerlei Zugriffsmöglichkeiten besitzt. Dieser wird immer sehr gut genutzt, heute sogar für eine Schulungsmaßnahme der Mitarbeiter/innen der ARGE.

Frau Dr. Haerting fragt nach der Einschätzung von Herrn Schneller hinsichtlich der Situation der Schuldnerberatungsstellen in der Stadt.

Er berichtet von 3 freien Trägern und einer städtischen Schuldnerberatung und dass er aus Sicht des Arbeitsaufwandes in der städtischen Beratung keine dramatische Entwicklung der Verschuldung ausmachen kann. Ca. 3 Wochen Wartezeit für eine Erstberatung ist durchaus üblich. Weitere statistische Angaben über evtl. Rückfallquote können in diesem Bereich nicht vorgenommen werden, da nicht auszuschließen ist, dass der oder die Schuldner/in nicht immer in dieselbe Schuldnerberatung gehen.

## **zu 5      Vorlagen**

### **zu 5.1    Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2004 (Berichterstatter: Herr van Rissenbeck), Vorlage: IV/2005/05503**

Herr van Rissenbeck erläutert kurz die Vorlage und teilt mit, dass alle Änderungen auf dem Blatt 2 erfasst wurden. Er macht außerdem darauf aufmerksam, dass es sich um Einsparpotenziale aus dem GB V handelt, die bereits im Rahmen der Beschlussfassung des Stadtrates und seiner Ausschüsse umgesetzt wurden. Es kommt nicht nur zu einer Reduzierung der Fördermittel für die Förderung der Jugendhilfe, sondern auch zu einer Absenkung der Zuschusszahlung im Bereich „Förderung der Wohlfahrtspflege“ und ebenfalls zur Reduzierung der Fördermittel im FB Gleichstellung.

Frau Dr. Haerting kritisiert die Unübersichtlichkeit und merkt an, dass durch die vielen Änderungen und Vorlagen die Einsparungen auch innerhalb der Fachkonzepte nicht mehr durchschaubar sind.

Frau Wolf stimmt dem zu und ergänzt, dass es von Vorteil wäre, wenn eine Übersicht vorgelegt werden könnte, die die Haushaltskonsolidierung I bis III beinhaltet. Änderungen gegenüber den Fachkonzepten müssten deutlich gemacht werden.

Es kommt zur **Abstimmung** der Vorlage:

sachkundige Einwohner/innen: 3Ja/0Nein/1Enthaltung  
Stadträtinnen und Stadträte: 5Ja/0Nein/3Enthaltungen

**Beschluss:**

mehrheitlich zugestimmt

**zu 5.2 Umsetzung der Rahmenvereinbarung zur Weiterentwicklung der Arbeitsgemeinschaften nach § 44 b SGB II  
(Berichterstattung Beteiligungs Management Anstalt, Herr Borries)  
Vorlage: IV/2006/05611**

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Gäste Frau Dr. Radig, Frau Tempel und Herrn Borries zu diesem Tagesordnungspunkt.

Frau Wolf teilt zu Beginn mit, dass bisher noch keine Antwort auf die Stadtratsanfrage der Stadträte Wolff/Schuh, Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE, zur Handlungsstrategie der Stadt Halle (Saale), die im Rahmen der Bearbeitung der Beschlussvorlage zur Umsetzung der Rahmenvereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, der Bundesagentur für Arbeit und der kommunalen Spitzenverbände zur Weiterentwicklung der Grundsätze der Zusammenarbeit der Träger der Grundsicherung in den Arbeitsgemeinschaften gemäß § 44 SGB II mit berücksichtigt wird (Vorlage: IV/2005/05491), vorliegt und gibt dies zu bedenken. Ihre Fraktion lässt die Angelegenheit bereits rechtlich prüfen.

Herr van Rissenbeck teilt mit, dass ein Entwurf vorliegt und dieser rechtlich geprüft wird. Die Antwort wird fristgerecht erfolgen. Eine ganze Reihe der Fragen wird durch die Vorlage bereits beantwortet.

Frau Ute Haupt bittet darum, sich der Vorlage trotzdem zu widmen, da der Ausschuss vorrangig einen empfehlenden Charakter trägt.

Frau Tempel und Frau Dr. Radig berichten über die aktuelle Situation und beantworten die Nachfragen ausführlich. Sie weisen daraufhin, dass es sich nicht um eine Überstimmung handeln soll, sondern eher auf die kommunalen Bedürfnisse besser eingegangen werden kann. Erstmals werden auch Zielvereinbarungen zwischen den Geschäftsführern und Gesellschaftern abgeschlossen.

Herr Borries erläutert noch einmal ausführlich die bisherige und kommende Stimmenverteilung in der Gesellschafterversammlung.

Es kommt zur **Abstimmung** der Vorlage:

sachkundige Einwohner/innen: 4Ja/0Nein/0Enthaltung  
Stadträtinnen und Stadträte: 7Ja/0Nein/0Enthaltungen

**Beschluss:**

einstimmig zugestimmt

## **zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

keine

## **zu 7 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern**

keine

## **zu 8 Beantwortung von Anfragen**

## **zu 9 Mitteilungen**

Frau Ute Haupt teilt mit, dass sie in einem Gesprächstermin mit Frau Szabados über die Prioritätensetzung für Vereine und Verbände innerhalb der Stadt beraten will. Es gab viele Veränderungen in den letzten Jahren, was das Klientel und die Sozialräume betrifft.

Herr van Rissenbeck ergänzt dazu, dass die Verwaltung ebenfalls in die Beratung für die Haushaltsplanung 2007 geht. Das betrifft im Wesentlichen, wie bereits am Anfang kurz erwähnt, die Reduzierung des Zuschusses zur Förderung sozialer Projekte im Bereich der Jugend- und Sozialhilfe und der Gleichstellung. Ausgehend von einem Zuschuss im Jahr 2005 in Höhe von 4,5 Mio. Euro ist durch eine Priorisierung von Projekten ein Einsparvolumen von 495 TEuro im Jahr 2007 zu realisieren.

Frau Tomczyk-Radji fragt nach dem Stand für die Legitimationskarten.

Herr van Rissenbeck sagt zu, sich beim Kommunalbüro danach zu erkundigen.

Frau Wolf teilt mit, dass es bisher noch keine Antwort auf ihren Antrag für die Bürgerbriefkästen bei der ARGE für fristgerechte Post gibt.

Auch hier übernimmt Herr van Rissenbeck die Nachfrage über den derzeitigen Bearbeitungsstand.

### **zu 9.1 Aktueller Bericht zur Pandemieplanung im Zusammenhang mit der Vogelgrippe, (Berichterstattung: Herr Dr. Wilhelms und Frau Dr. Schwarzer Fachbereich 53)**

Herr Dr. Wilhelms berichtet, dass es „nichts Neues“ zum Thema Vogelgrippe gäbe, was unter diesen Umständen sehr positiv ist. Alle Bundesländer stellen ein Minimum von 20% Tamiflu für eine Therapie zur Verfügung. Festzustellen ist in diesem Jahr, dass es wenig Grippefälle gibt. Der Durchimpfungsgrad in Sachsen-Anhalt liegt bei 30 % im Bundesdurchschnitt bei 25%.

Frau Dr. Schwarzer fügt noch Informationen über die aktuellen Untersuchungen von toten Tieren hinzu. Auch die Kotuntersuchungen der Wildvögel ergaben keine positiven Ergebnisse einer Infizierung.

Ausführliche Informationen kann man auf der städtischen Internetseite [www.halle.de](http://www.halle.de) erhalten.

In Sachsen-Anhalt sind seit Jahresbeginn rund 3300 Tiere auf das Vogelgrippevirus H5N1 überprüft worden. Seit bekannt werden der ersten Fälle von Vogelgrippe in Deutschland würden durchschnittlich 300 Wildvögel in der Woche untersucht. Alle Tests seien bisher negativ ausgefallen.

Insgesamt wurden den Angaben zufolge 2728 Wildvögel, 520 Stück Hausgeflügel, 32 Katzen und acht tote Marder untersucht. Bei 32 618 von der Stallpflicht betroffenen Tierhaltungen habe es bisher nur wenige Beanstandungen gegeben. Der Anteil der Verstöße gegen die Verordnung liege unter einem Prozent. Meist sei es dabei um technische Mängel wie fehlerhafte Seiten- oder Oberabdeckungen der Gehege gegangen.

Das Bundesministerium für Ernährung, Verbraucherschutz und Landwirtschaft (BMELV) hat auch eine Hotline für Bürgeranfragen eingerichtet. Die Hotline ist seit dem 1. März täglich (auch am Wochenende) unter der Rufnummer **01805-768-555** von 9 bis 17 Uhr erreichbar. Diese Rufnummer ist aus dem Festnetz der Deutschen Telekom einheitlich mit 12 Cent pro Minute zu erreichen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

---

S. Müller - Protokollantin